



Ausschuss für Kommunalpolitik

8. Sitzung (öffentlich)

26. November 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:25 Uhr

Vorsitz: Carina Gödecke (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefirtschaftsrechts | 7 |
| | Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/27 | |
| | Ausschussprotokoll 15/59 | |
| | Vorlage 15/177 | |
| | – Auswertung der Öffentlichen Anhörung | |
| | – Diskussion | 7 |
| | Der Ausschuss will die Beratungen zu dem Gesetzentwurf am
10. Dezember 2010 abschließen. Es wird darum gebeten, dass
Änderungsanträge rechtzeitig vor der Schlussberatung zwecks
Weiterleitung an alle Ausschussmitglieder dem Ausschussesek-
retariat zugeleitet werden. | |

2 Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren 17

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/465

- Beschluss über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung gemäß § 56 Abs. 1 GO LT

Der Ausschuss beschließt nach kurzer Aussprache eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke. Eine Verständigung über den Termin, über einen Fragenkatalog und die anzuhörenden Sachverständigen soll im Rahmen eines Obleutegesprächs erfolgen. Eventuell bis zur Anhörung eingehende und den Gesetzentwurf betreffende Drucksachen werden den Sachverständigen ebenfalls als Informationsmaterial zur Verfügung gestellt.

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (4. Schulrechtsänderungsgesetz) 22

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/24

In Verbindung mit:

Gesetz zur Abschaffung der Kopfnoten an Schulen

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/29

Und:

Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/28

Und:

Gesetz zur Aufhebung der verbindlichen Grundschulgutachten

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/36

Sowie:

Gesetz zur Einführung der Grundschuleinzugsbezirke

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/37

Ausschussprotokoll 15/53 (Öffentliche Anhörung)

- Abschließende Beratung und Erarbeitung eines Votums an den federführenden Ausschuss

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu verzichten.

4 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen 24

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/215

Ausschussprotokoll 15/42

Vorlage 15/174

- Abschließende Beratung und Erarbeitung eines Votums an den federführenden Ausschuss

Der Ausschuss verzichtet einvernehmlich auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration.

5 Prävention von Alkoholsucht verbessern und Versorgungsdefizite bei alkoholkranken Menschen reduzieren 25

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/43

- Abschließende Beratung und Erarbeitung eines Votums an den federführenden Ausschuss

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf ein Votum zu verzichten.

6 Verschiedenes 26**6.1 Verfahrensabsprachen 26****6.1.1 Bildungschipkarte stoppen, bedarfsgerechte Kinderregelsätze einführen! 26**

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/130

In Verbindung mit:

Die Bildungschipkarte zielt am Problem vorbei – Wir brauchen bedarfsgerechte Kinderregelsätze!

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/177

Der Ausschuss kommt bezüglich dieser beiden Anträge überein, sich an der vom federführenden Ausschuss Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration für den 8. Dezember angesetzten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

6.1.2 Bettensteuer verhindern – keine neuen Belastungen für Bürger und Betriebe in Nordrhein-Westfalen **26**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/124

An der vom federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie für den 12. Januar terminierten Anhörung will sich der AKo im Rahmen einer Pflichtsitzung beteiligen. Der federführende Ausschuss soll gebeten werden, die kommunalen Spitzenverbände an der Anhörung zu beteiligen, sofern dies nicht bereits berücksichtigt ist.

6.2 Vorbereitung einer Anhörung **26****6.2.1 Wiederaufbau der Kommunalfinanzen nach der Finanzkrise – Anreizsysteme statt Freifahrtscheine** **26**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/125

Der Ausschuss erklärt sich mit den benannten Sachverständigen und dem Fragenkatalog einverstanden; eine entsprechende Einladung zu der Anhörung erfolgt.

* * *

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (4. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/24

In Verbindung mit:

Gesetz zur Abschaffung der Kopfnoten an Schulen

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/29

Und:

Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/28

Und:

Gesetz zur Aufhebung der verbindlichen Grundschulgutachten

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/36

Sowie:

Gesetz zur Einführung der Grundschuleinzugsbezirke

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/37

Ausschussprotokoll 15/53 (Öffentliche Anhörung)

- Abschließende Beratung und Erarbeitung eines Votums an den federführenden Ausschuss

Vorsitzende Carina Gödecke erinnert daran, dass man sich, nachdem der Ausschuss für Kommunalpolitik im Rahmen einer Pflichtsitzung an der Anhörung des Schulausschusses teilgenommen habe, darauf verständigt habe, heute die Auswertung vorzunehmen, um die abschließenden Beratungen des federführenden Ausschusses gegebenenfalls mit einem Votum zu erreichen.

Michael Hübner (SPD) schlägt vor, von einer abschließenden Bewertung heute Abstand zu nehmen und die abschließende Bewertung dem federführenden Schulausschuss zu überlassen, da der Ausschuss bei den Gesetzentwürfen ohnehin nur für einen Teil zuständig sei.

Daniel Sieveke (CDU) schließt sich dem Vorschlag, auf ein Votum zu verzichten, an, will aber ankündigen, dass die CDU-Fraktion den vorgelegten Änderungswünschen nicht zustimmen werde, da man die Politik der letzten fünf Jahre in diesem Bereich für richtig halte.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu verzichten.